



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am
29.09.2020**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende, Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Mämecke
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 17:09 Uhr bis 18:17 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Thomann
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Dirk Neumann	Sachkundiger Einwohner
Prof. Wolfgang Paul, Dr.	Sachkundiger Einwohner
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Lorenz Elias Schleyer	Sachkundiger Einwohner
Nikolas Schröder	Sachkundiger Einwohner
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundiger Einwohner
Anne-Katrin Wielebinski	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Manuela Hinniger	Referentin für Wirtschaft
Dr. Petra Sachse	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jana Kozyk	Sachkundige Einwohnerin
Markus Heinemann	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wurde von **Frau Winkler** eröffnet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Winkler wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 4.1

Versammlungen auf dem Marktplatz der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2020/01715

→ Hierzu liegt ein ÄA der CDU-Fraktion vor.

→ Behandlung unter TOP 4.1.1

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.06.2020
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.07.2020
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Versammlungen auf dem Marktplatz der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01715
- 4.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage Versammlungen auf dem Marktplatz der Stadt Halle (Saale) VII/2020/01715
Vorlage: VII/2020/01773
- 4.2. Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2019/00059
- 1. Lesung

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Attraktivität des Marktplatzes
Vorlage: VII/2020/01441
- 5.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“
Vorlage: VII/2020/00800
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.06.2020

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 23. Juni 2020, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.07.2020

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 14. Juli 2020, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Versammlungen auf dem Marktplatz der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01715**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dr. Bergner brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand nahm Bezug, auf das projizierte Bild und sagte, dass er die Stadt (Halle) nicht so präsentieren möchte.

Herr Senius sagte, dass seine Fraktion das Anliegen unterstützt. Er sagte, dass die Änderung des Versammlungsgesetzes geplant ist. Dadurch sollen die kreisfreien Städte wieder Versammlungsbehörde werden. Er fragte, was das für die Entscheidungspraxis bedeutet und ob es den Umgang, der jetzt teilweise mit der Versammlungsbehörde des Landes kritisiert wird, leichter machen würde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass Anträge schneller bearbeitet und koordiniert werden können. Zudem werden die Rechte aller Veranstalter stärker berücksichtigt.

Herr Schaper sagte, dass erhebliche Kosten im Rahmen von Rechtsbeteiligungen entstehen, wenn die Stadt Halle (Saale) zur Versammlungsbehörde wird. Er fragte, ob dies durchdacht wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass es sich um Kosten handelt, die für Demokratie wichtig sind.

Herr Helmich sagte, dass seine Fraktion das Vorhaben unterstützt. Er sagte, dass es kaum Städte gibt, die Parallelveranstaltungen in einem öffentlichen Raum inklusive der normalen Personen- und Verkehrssituation zulassen.

Weiterhin nahm er Bezug auf das Verfahren zur Genehmigung einer Veranstaltung. Er fragte, in welcher Form die Versammlungsbehörde die Stadtverwaltung informiert, ob die Stadtverwaltung angehört wird und wenn nicht, zu welchem Zeitpunkt die Stadtverwaltung Kenntnis über die Genehmigung einer solchen Veranstaltung erhält.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass regelmäßig ein internes Anzeigeverfahren läuft. Diese Information wird besprochen und wie im vorliegenden Fall wurde der Versammlungsbehörde angezeigt, unter Auszählung der Veranstaltungen (Demokratieveranstaltung), dass der Marktplatz voll belegt ist.

Nachweislich wurde am Freitag im Pandemiestab gemeinsam mit dem Vertreter der Polizei deutlich gemacht, dass am Montag die Demokratieveranstaltung, in Vorbereitung des Gedenktages am 9. Oktobers, eröffnet wird.

Herr Schied sagte, dass auch seine Fraktion sich dem Vorhaben anschließen wird. Er nahm Bezug auf den Änderungsantrag und sagte, dass sich dieser auf einen Presseartikel bezieht und keinen Bezug zur Beschlussvorlage hat. Er regte an, den Änderungsantrag zurückzuziehen und vorzugsweise eine Pressemitteilung zu verfassen.

Frau Winkler schloss sich der Aussage von Herrn Schied an und sagte, dass auch ihre Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen wird.

Herr Dr. Bergner wies darauf hin, dass das Gelingen der Feststellungsklage für erweiterte Nutzungsmöglichkeiten und die Durchsetzung von Nutzungsmöglichkeiten der Stadt auf dem Marktplatz riskiert wird, wenn die Stadt Halle (Saale) den Eindruck erweckt, dass es um ein politisch selektives Prozedere geht, indem ganz bestimmte Leute abgestraft werden. Er verwies auf den Artikel 8 des Grundgesetzes.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es sich um verschiedene Ebenen handelt. Die Versammlungsfreiheit ist unbestritten. Es geht hierbei um einen anderen Versammlungsort.

Herr Heinrich sagte, dass seine Fraktion der Auffassung ist, dass für diese Angelegenheiten die Versammlungsbehörde zuständig ist. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sollte für jeden Bürger gleich gelten. Zudem könne der Oberbürgermeister die Rechtsmittel auch unabhängig des Stadtrates ausschöpfen, er müsse dazu nicht beauftragt werden. Rückblickend hat der Oberbürgermeister in der Angelegenheit Liebich schon mehrere Niederlagen erlitten und für eine weitere will seine Fraktion nicht die Verantwortung übernehmen.

Herr Dr. Meerheim schloss sich den Aussagen von Herrn Oberbürgermeister an. Er bat darum, den Änderungsantrag auf Zulässigkeit zu prüfen, da sicher dieser auf einen sachfremden Gegenstand bezieht.

Herr Prof. Paul sagte, dass die Beschlussvorlage den Eindruck erweckt, dass eine Feststellungsklage ad personam Liebich geplant ist. Er regte an, die Formulierung taktischer zu wählen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Formulierung so gewählt wurde, weil dadurch mehrere Möglichkeiten der Klageverfahren offen gehalten werden.

Herr Feigl merkte an, dass die eben vorgebrachten Bedenken nachvollziehbar sind. Er fragte, weshalb der Name Liebich in der Vorlage namentlich erwähnt wird.

Frau Winkler sagte, dass ein konkreter Vorfall benannt werden muss, um eine Fortsetzungsfeststellungsklage führen zu können.

Herr Dehn sagte, dass er die klare politische Ansage des Oberbürgermeisters unterstützt, weil diese dazu beiträgt, dass die Stadt nicht nur durch die Beschallung des Marktplatzes identifiziert wird, sondern das klar gemacht wird, dass man die Ausschöpfung der Rechtsmittel im Sinne einer verantwortungsvollen Versammlungsfreiheit auch darstellen will.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Änderungsanträge und der dazugehörigen Beschlussvorlage.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage Versammlungen auf dem Marktplatz der Stadt Halle (Saale) VII/2020/01715
Vorlage: VII/2020/01773**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Rechtsmittel auszuschöpfen, um dem vom Verfassungsschutz als Rechtsextremisten bezeichneten Sven Liebich die Nutzung des Marktplatzes der Stadt Halle (Saale) für Versammlungen zu untersagen, wenn der Marktplatz mit städtischen Veranstaltungen belegt ist.

Dabei distanziert sich der Stadtrat von den Vorwürfen des Oberbürgermeisters, die Polizei habe als Versammlungsbehörde bei Ihrer Entscheidung, Sven Liebich am 22. September 2020 einen Auftritt auf den Marktplatz zu gewähren „den Boden für antidemokratische Hetze und eine Radikalisierung der Gesellschaft bereitet“.

zu 4.1 **Versammlungen auf dem Marktplatz der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2020/01715

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Rechtsmittel auszuschöpfen, um dem vom Verfassungsschutz als Rechtsextremisten bezeichneten Sven Liebich die Nutzung des Marktplatzes der Stadt Halle (Saale) für Versammlungen zu untersagen, wenn der Marktplatz mit städtischen Veranstaltungen belegt ist.

Persönliche Erklärung des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass Herr Prof. Dr. Kluth für die morgige Stadtratssitzung eingeladen wurde. Er sagte, dass es seiner Meinung nach nicht ratsam ist, diese Diskussion in diesem Umfang im morgigen Stadtrat zu führen. Er bat die Ausschussmitglieder um diesbezügliche Rücksprache mit ihren Fraktionen.

zu 4.2 **Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00059

Herr Schied sagte, dass Obergrenzen der zentrenrelevanten Sortimente im Bebauungsplan festgelegt wurden. Er fragte, ob diese Festlegungen durch die Stadtverwaltung kontrolliert werden, da es bereits Verstöße in der Vergangenheit gab.

Herr Loebner antwortete, dass der Stadtverwaltung zwei Vorfälle bekannt sind. Daraufhin hat die Stadtverwaltung das Antrags- und Kontrollprozedere bei Baugenehmigungen geändert. Sobald sich eine Sortimentsänderung in einem Einkaufszentrum ergibt, wird eine Gesamtschau durchgeführt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass es durch die Baubehörde kontrolliert wird.

Herr Senius bedankte sich für die Überarbeitung des Konzeptes und regte an, diese Diskussion als 1. Lesung zu betrachten. Weiterhin fragte er, ob das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale) klimaneutral ist.

Herr Loebner antwortete, dass das Konzept als solches keine Klimarelevanz hat, sondern dessen Umsetzung. Insbesondere die Sicherung der wohnortnahen Nahversorgung ist ein wichtiger Beitrag für die Minderung des CO₂-Ausstoßes.

Herr Bernstiel fragte, ob die Möglichkeit besteht, dass die Stadt Halle (Saale) oder unter Beteiligung Dritter/Investoren Immobilien zurückerwerben kann, um diese zu einem angepassten Mietspiegel selbst zu vermarkten und folglich die Ansiedlung neuer Einzelhändler zu fördern.

Herr Loebner verneinte dies.

Herr Bernstiel fragte, ob es Sinn ergibt, diesen Punkt als strategisches Ziel zu ergänzen.

Herr Loebner antwortete, dass jederzeit Änderungsanträge eingebracht werden können.

Herr Dr. Meerheim gab zu bedenken, dass das Konzept vor der Corona-Pandemie erstellt wurde. Er fragte, ob Festlegungen, die im Konzept getätigt wurden, aufgrund der aktuellen Lage neu bewertet werden müssten.

Herr Loebner antwortete, dass Folgen, die sich ergeben, schwer absehbar sind. Die Auswirkungen der Pandemie müssen weiter beobachtet werden.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass Prozesse in der Altstadt zu beobachten sind, welche nicht ausschließlich durch die Pandemie ausgelöst wurden. Er verwies auf GALERIA Halle sowie leere Geschäfte in der Großen Ulrichstraße. Vor diesem Hintergrund sollten die Festlegungen im Konzept überdacht werden.

Herr Schied fragte, ob es sich beim Schlachthof Halle sowie beim Einzelhandelszentrum Ammendorf um denselben Investor handelt.

Frau Dr. Sachse antwortete, dass es Übereinstimmungen bezüglich der Eigentümer an bestimmten Standorten gibt.

Sie nahm Bezug auf Herrn Dr. Meerheims Aussage und sagte, dass es wichtig ist, mit den Immobilieneigentümern in Kontakt zu bleiben und zu schauen, welche Immobilienentwicklungen geplant werden. Derzeit wird ein Bündel an Maßnahmen vorbereitet, um anliegende Einzelhändler zu unterstützen, um den Entwicklungen entgegenzusteuern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass sich derzeit viele Immobilieneigentümer umstellen und aktiv schauen, welche Alternativen möglich sind.

Herr Senius sagte, dass die Diskussion zeigt, dass eine Evaluation der Entwicklungsziele nach 5 Jahren zu spät ist. Er bat darum, in einer der kommenden Sitzungen mehr über die leitenden Indikatoren, an denen die Erfolgsmöglichkeit des Konzeptes festgemacht wird, zu erfahren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Argumentation nachvollziehbar ist. Bei der Vorlage handelt es sich um eine geforderte Momentaufnahme.

Herr Schied merkte an, dass einige angesprochene Problemlagen (Immobilienankauf) nicht Teil dieses Konzeptes sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es Schnittstellen zum Bauplanungsrecht gibt.

Frau Ernst verwies auf eine Anfrage der Mitbürger aus dem Jahr 2017. Darin ging es um Anträge, die aufgrund des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes abgelehnt wurden und teilweise auf der Grundlage gerichtlicher Entscheidungen dennoch umgesetzt wurden.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf eine 1. Lesung und Vertagung der Beschlussvorlage.

**zu 4.2 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00059**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept in der vorliegenden Fassung vom Mai 2020 als Grundlage zur weiteren Steuerung der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Halle (Saale).

Dieses Konzept ersetzt das am 30.10.2013 beschlossene Einzelhandels- und Zentrenkonzept (V/2013/11902).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Attraktivität des Marktplatzes
Vorlage: VII/2020/01441**

Herr Dr. Bergner erklärte den Antrag für erledigt und bat darum, neue Optionen zur Verbesserung des Marktplatzes vorzulegen und zur Diskussion zu bringen.

**zu 5.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Steigerung der Attraktivität des Marktplatzes
Vorlage: VII/2020/01441**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt die Verwaltung, eine Übersicht zu erstellen, welche die Vor- und Nachteile des Marktplatzes der Stadt analysiert (Stärken, Schwächen, Chancen, Risiken) und mögliche Verbesserungsoptionen aufzeigt.

**zu 5.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“
Vorlage: VII/2020/00800**

Herr Heinrich brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Ernst sagte, dass die Begründung zum Antrag nicht nachvollziehbar ist und von der Stadtverwaltung nicht bestätigt werden kann.

Herr Heinrich sagte, dass seiner Fraktion ein Film vom Vater des Polizeischülers vorliegt, der beim Absturz des Gebäudes ums Leben gekommen ist. In diesem Film wird belegt, dass das Haus zu Wohnzwecken genutzt wird. Dies widerspricht dem Nutzungsvertrag.

Frau Ernst verwies auf die bereits zahlreich beantworteten Fragen zu diesem Thema, die den von den Fraktionen geschilderten Sachverhalt nicht bestätigen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand merkte an, dass es sich seiner Meinung nach um das benachbarte Haus (Reilstraße 76) handelt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“
Vorlage: VII/2020/00800**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt den Nutzungsvertrag mit dem Verein „KubultubuRebell e.V.“ über das sog. „Kulturobjekt Reil 78“ am Standort Reilstraße 78, schnellstmöglich aufzulösen, nötigenfalls zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und durch eine wohnungswirtschaftliche Nutzung der Immobilie langfristig einen angemessenen Ertrag als Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt der Stadt Halle zu erwirtschaften.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Helmich zur Errichtung einer Markthalle

Herr Helmich sagte, dass Vorlage Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Markthalle unverändert auf der Tagesordnung der morgigen Stadtratssitzung steht. Er fragte, wie mit der Beschlussvorlage weiter verfahren wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Beschlussvorlage in der morgigen Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt wird. Es sollen weitere Gespräche mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH und den Fraktionen geführt werden, um einen möglichen Konsens zu erzielen.

zu 8.2 Herr Schleyer zu E-Mails der Stadtverwaltung

Herr Schleyer sagte, dass automatisierte Mails (Terminbestätigungen) der Stadtverwaltung bei Bürgerinnen und Bürgern im Spam Ordner landen. Er stellte folgende schriftlich eingereichte Fragen:

1. *Liegen der Verwaltung Erkenntnisse vor, ob automatisch generierte Mails der Stadt als Spam erkannt werden? Wenn ja, welche?*
2. *Werden gängige Standards im Kontext von Spamschutz beim Mailversand eingehalten?*
3. *Steht die IP des Mailservers auf einer Blacklist?*
4. *Werden Mails in regelmäßigen Abständen auf korrekte Zustellung geprüft?*

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Senius zur Ausweis-App

Herr Senius fragte, ob die Ausweis-App der Stadtverwaltung bekannt und mittelfristig geplant ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 Herr Dr. Ernst zur Innovationsregion Mitteldeutschland

Herr Dr. Ernst sagte, dass die Innovationsregion Mitteldeutschland eine Technologiefeld-Analyse im Zuge der avisierten Strukturanpassungen in der Braunkohleregion vorgestellt hat. Er fragte, ob die zentralen Ergebnisse der Analyse im Ausschuss vorgestellt werden und wie sich die weitere zeitliche Planung und die anschließende Umsetzung gestaltet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine Vorstellung der Analyse im Ausschuss zu. Des Weiteren sagte er, dass am 30. September der Koalitionsausschuss des Landes tagen wird. Dabei soll es Abstimmungen zur entsprechenden Förderrichtlinie geben. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird im Ausschuss darüber berichtet.

Er informierte, dass eine gemeinsame Arbeitsberatung der Wirtschaftsausschüsse des Saalekreises und der Stadt Halle (Saale) geplant ist, in dem die gemeinsamen Projekte vorgestellt werden. Im Anschluss soll die reguläre Wirtschaftsausschusssitzung stattfinden.

Frau Ernst ergänzte, dass die gemeinsame Beratung am 27. Oktober 2020 stattfinden wird, nach derzeitigem Planungsstand im Stadthaus Halle (Saale).

zu 8.5 Herr Schied zu städtischen Büroflächen

Herr Schied sagte, dass die Nachfrage nach Büroflächen in vielen Städten zurückgeht. Er fragte, ob es Einschätzungen oder Untersuchungen gibt, ob dies auch für die Stadt Halle (Saale) zutrifft.

Frau Dr. Sachse antwortete, dass über das Immobilieninformationssystem zwar weniger Anfragen eingehen. Dagegen wolle der Inhaber der Co-Working-Spaces in der oberen Leipziger Straße seine Flächen aufgrund der steigenden Nachfrage erweitern. Das Land stellt eine Förderung für Co-Working-Spaces in Aussicht.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Feigl zum Marktplatz

Herr Feigl regte an, die Diskussionen zur Attraktivitätssteigerung des Marktplatzes zeitnah stattfinden zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begrüßte das Anliegen. Frau Dr. Marquardt hat den Auftrag, den Marktbeirat zeitnah einzuberufen, um dieses Thema einzuleiten und nochmals zu diskutieren.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Winkler beendete den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
Protokollführerin